

Ergebnisse aus dem Rücklauf der Fragebogen aus dem Plenum vom 13.10.14

Das Bezirksamt und der Senat von Berlin beabsichtigen im Zusammenwirken mit dem Grundstückseigentümer Groth dessen 96,2 ha großes Grundstück in Lichterfelde Süd südlich Réaumurstraße/Landweg zwischen Bahntrasse, Osdorfer Straße und Stadtgrenze städtebaulich zu entwickeln und dort ca. 2.500 Wohnungen zu errichten.. Im Aktionsbündnis-Plenum am 13. 10. 2014 hatten wir deshalb an die Teilnehmer einen zweiseitigen Fragebogen mit zwölf Fragen verteilt, um deren Vorstellungen zur städtebaulichen Entwicklung in Lichterfelde Süd zu erfragen. Des weiteren hatten wir wissen wollen, ob ein Bürgerbegehren u. a. gegen sich abzeichnende massive Eingriffe in Natur und Landschaft sowie gegen ein überdimensioniertes Wohnungsbauvorhaben unterstützt würde.

50 von etwa 70 Personen, die am Plenum teilnahmen haben den Fragebogen an mich zurückgegeben. Davon erklärten 47 Absender, zum Teil Paare, ausdrücklich, ein Bürgerbegehren aktiv unterstützen zu wollen. Weitere 6 Personen teilten telefonisch mit, ein Bürgerbegehren zu unterstützen.

Zehn Teilnehmer verzichteten darauf, die übrigen 12 Fragen zu beantworten, sodass 40 Fragebogen in die weitere Auswertung kamen. Alle von diesen stimmten zu, dass der Umfang einer Bebauung von dem Ergebnis einer zuvor eingeholten unabhängigen Verkehrsanalyse abhängig sein solle.

Einvernehmen bestand auch, dass die Lichterfelder Weide- und Waldlandschaft dauerhaft erhalten bleiben und für naturverträgliche Formen der Naherholung geöffnet werden solle.

32 Teilnehmer sprachen sich gegen jeden Wohnungsbau in Lichterfelde Süd aus, zeigten aber bei ihren Antworten auf die weiteren Fragen teilweise Bereitschaft zu Zugeständnissen. (Dabei gab es dann auch Mehrfachnennungen.) So konnten sich insgesamt 29 Teilnehmer auf einer Fläche bis zu 16 ha Wohnungsbau vorstellen, der mit relativ geringen Natureingriffen verbunden wäre. 14 Teilnehmer wollten Wohnungsbau bei naturschutzfachlich noch vertretbaren Eingriffen auf einer Fläche von 27 ha nicht ausschließen. 7 wollen Wohnungsbau auf 39 ha und 3 auf noch größerer Fläche zustimmen.

Für eine Begrenzung der Zahl neu zu errichtender Wohnungen auf höchstens 1.500 Wohnungen sprachen sich 34 Teilnehmer aus, wobei sie voraussetzten, dass die verkehrlichen und sonstigen Rahmenbedingungen stimmten.

Für eine Obergrenze der Kaltmiete von höchstens 6,50 Euro/m² für mindestens der Hälfte der zu errichtenden Wohnungen stimmten 28 Teilnehmer. Aus dem sonstigen

Abstimmungsverhalten einzelner Teilnehmer ist nicht auszuschließen, dass sie bei dieser Frage nicht zustimmten, weil ihnen 6,50 Euro zu viel war. (Bei größeren Wohnungen in der Thermometersiedlung soll die Kaltmiete nach einzelnen Angaben noch knapp unter 5 Euro liegen.)

Gegen einen Verbleib der vorhandenen Gewerbebetriebe gab es 7 Stimmen.

Einen Ausgleich eines in Lichterfelde Süd bestehenden Defizits an Naherholungsflächen innerhalb eines Neubaugebiets forderten 37 Teilnehmer.

Da den Bewohnern westlich der Bahnanlagen die östlich der Bahn geplante Gebäudekulisse zum Bahnlärm-Schallverstärker werden kann, sprachen sich immerhin 33 Teilnehmer für aktiven Lärmschutz für dieses Wohngebiet aus.

Von den vorstehend 50 Teilnehmern der Fragebogen-Aktion unterhielten bisher nur 3 engere Kontakte zu Aktionsbündnis. Etwa drei Viertel der Teilnehmer wohnen in der Thermometersiedlung sowie in der Scheelestraße-Siedlung.